

## Enquetekommission „Verfassungskonvent zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen“

### Übersicht: Voranmeldungen für die Sitzung am 14.11.2016 (Art. 48 -63)

Artikel	angemeldet von
<b>Artikel 50 –</b> Ergänzung von Absatz 2 um Klarstellung, dass das Verbot gegenseitiger Einmischung sich ausschließlich auf innere Selbstverwaltungsangelegenheiten bezieht.	<b>FDP-Fraktion</b>
<b>Artikel 53 –</b> Beibehaltung des besonderen Schutzes von Sonn- und Feiertagen; verbunden mit Möglichkeit einer Sonntagsöffnung in den Kommunen an vier Sonntagen im Jahr	<b>Arbeitsgemeinschaft hessischer IHKs</b>
<b>Artikel 55 –</b> Ergänzung um Absatz 2:  „(2) Jedes Kind und jeder Jugendliche hat das Recht auf Entwicklung und Entfaltung seiner Persönlichkeit, auf altersangemessene Beteiligung an Entscheidungen, auf gewaltfreie Erziehung und auf den besonderen Schutz vor Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung. Die staatliche Gemeinschaft achtet, schützt und fördert die Rechte der Kinder und Jugendlichen und trägt Sorge für kind- und jugendgerechte Lebensbedingungen. Das Kindeswohl ist bei allen Entscheidungen besonders zu berücksichtigen.“	<b>Fraktion DIE LINKE</b>
<b>Artikel 55 –</b> Ergänzung um Absatz 2:  „Kinder und Jugendliche haben das Recht auf gewaltfreie Erziehung.“	<b>FDP-Fraktion</b>
<b>Neuer Artikel 55a, dafür Streichung von Artikel 59 –</b>	<b>Fraktion DIE LINKE</b>

<p>„Jeder Mensch hat das Recht auf Bildung. Das Recht umfasst die integrative vorschulische Bildung, Schulausbildung, berufliche Aus- und Weiterbildung, Hochschulbildung und die allgemeine kulturelle und politische Bildung und Weiterbildung. Der Zugang zu allen öffentlichen Bildungseinrichtungen und die Lernmittel sind unentgeltlich. Jeder Mensch hat das Recht, sich ein Leben lang den eigenen Interessen folgend zu bilden.“</p>	
<p><b>Artikel 56 –</b> Neufassung: „(1) Jeder Mensch hat das Recht auf Bildung. (2) 1Es besteht allgemeine Schulpflicht. 2Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates. (3) Bildung und Erziehung haben die Aufgabe, die Entwicklung der Persönlichkeit, selbstständiges Denken und Handeln, berufliche Tüchtigkeit, Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme, Achtung vor der Würde, dem Glauben und den Überzeugungen anderer, Anerkennung der Demokratie und Freiheit, den Willen zu sozialer Gerechtigkeit, die Friedfertigkeit und Solidarität im Zusammenleben der Kulturen und Völker und die Verantwortung für Natur und Umwelt zu fördern. (4) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, die Gestaltung des Unterrichtswesens mitzubestimmen, soweit die Grundsätze des Absatzes 3 nicht verletzt werden. (5) 1Das Nähere regelt das Gesetz. 2Es muss Vorkehrungen dagegen treffen, dass in der Schule die religiösen und weltanschaulichen Grundsätze verletzt werden, nach denen die Erziehungsberechtigten ihre Kinder erziehen wollen.“</p>	<p><b>FDP-Fraktion</b></p>
<p><b>Artikel 56 –</b> Unterschiedliche Regeln in den einzelnen Bundesländern bezgl. des Schulwesens (Curriculas, G8/G9) sowie die unterschiedliche</p>	<p><b>Arbeitsgemeinschaft hessischer IHKs</b></p>

<p>Ausgestaltung der Bundeszuständigkeit für Berufliche Bildung behindern die Mobilität in Europa und Deutschland.</p>	
<p><b>Artikel 59 –</b>  In Absatz 1: Einfügung eines neuen Satz 2,  „Studiengebühren werden nicht erhoben.“    Einfügung eines neuen Absatz 2:  „Jedes Kind hat Anspruch auf Erziehung, Bildung und Betreuung durch den unentgeltlichen Besuch einer Kindertagesstätte oder in der Kindertagespflege.“</p>	<p><b>SPD-Fraktion</b></p>
<p><b>Artikel 59 –</b>  Neufassung/Überarbeitung</p>	<p><b>Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</b></p>
<p><b>Artikel 60 –</b>  Ergänzung von Absatz 1 um Forschungs- und Lehrfreiheit; Streichung des Zusatzes, dass die Hochschulen unter staatlicher Aufsicht stehen; Erweiterung des Schutzbereichs des Absatz 1 auf nichtstaatliche Hochschulen.    Einfügung eines neuen Absatz 1a:  „ 1Nichtstaatliche Hochschulen bedürfen der staatlichen Anerkennung.  2Das Nähere bestimmt das Gesetz.“</p>	<p><b>FDP-Fraktion</b></p>
<p><b>Artikel 61 –</b>  Umformulierung Satz 1:    „Privatschulen bedürfen der Genehmigung des Staates.“</p>	<p><b>FDP-Fraktion</b></p>

<b>Artikel 62 –</b> Einfügung eines neuen Absatz 1:  „Das Land schützt und fördert die Kultur.“	<b>SPD-Fraktion</b>
<b>Artikel 62/62a –</b> Diskussion erst im Rahmen der Sitzung zu Staatszielen	<b>Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</b>